

**A N T R A G**

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Isabella Gruber

betreffend:

**Tirol sozialer machen:  
Eine Kürzung der Mindestsicherung würde alle treffen!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

**A N T R A G:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der laufenden Debatte um eine geplante Kürzung der Mindestsicherung klar dahingehend zu bekennen, dass es keine Kürzung der Mindestsicherung geben darf. Auf Grund der hohen Kosten für Leben und Wohnen in Tirol treibt jede Kürzung der Mindestsicherung in Not befindliche Menschen – Einheimische wie Zugewanderte – noch weiter in die Armut.**

**Ein Einfrieren der Leistungen für Familien mit Kindern auf 1.500 Euro nur für Zugewanderte widerspricht laut Experten dem in der Verfassung festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz. Ein Einfrieren der Leistungen für Familien mit Kindern auf 1.500 Euro wäre daher für einheimische und zugewanderte Familien gleichermaßen anzuwenden und damit wären von der geplanten Kürzung der Sozialmaßnahme Mindestsicherung einheimische Familien genauso betroffen.“**

Weiters wird beantragt, diesen Antrag dem **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit** zuzuweisen.

## BEGRÜNDUNG:

**„Mindestsicherung: ÖVP drängt auf Verschärfungen. Die ÖVP drängt einmal mehr auf Kürzungen der Mindestsicherung vor allem für Zuwanderer.“<sup>1</sup>**

**„Mindestsicherung: ÖVP pocht auf Verschärfungen für Zuwanderer. Klubchef Lopatka fordert einen Deckel von 1500 Euro und Kürzungen für Integrationsunwillige.“<sup>2</sup>**

Aktuell kocht die Debatte um eine Kürzung der Mindestsicherung wieder auf. Die Bundes-ÖVP möchte eine Deckelung auf 1.500 Euro. Das größte Problem seien die anerkannten Flüchtlinge.

Die Fakten liegen dazu aber auf dem Tisch:

Wird die Mindestsicherung auf 1.500 Euro gekürzt, trifft dies nicht nur die immer genannten Flüchtlingsfamilien, sondern auch alle Tiroler Familien, die Mindestsicherung beziehen. Jede andere Vorgangsweise würde gegen den verfassungsrechtlich geschützten Gleichheitsgrundsatz verstoßen.

Und wie aus folgender Tabelle abzulesen ist, ist sind gerade Paare mit Kindern die in den letzten Jahren am stärksten gewachsene Gruppe, die Mindestsicherung bezieht.

**Entwicklung der Anzahl der unterstützten Personen nach BezieherInnengruppen 2010 auf 2014 in %**

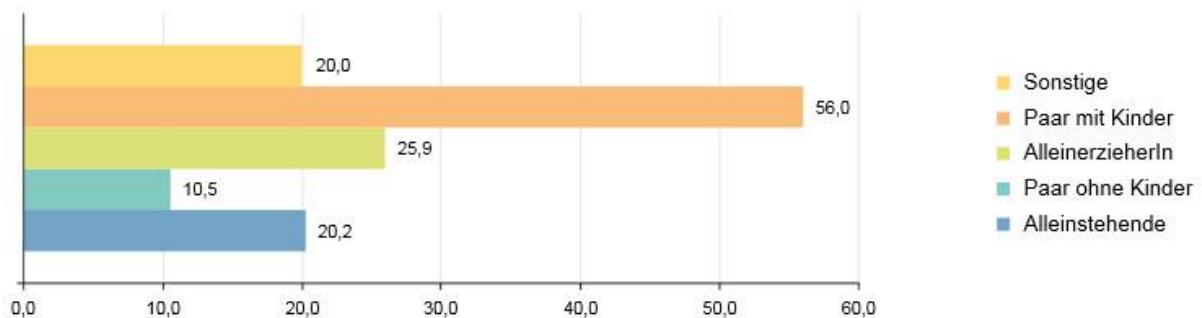


Abbildung 5: Entwicklung der Anzahl der unterstützten Personen in der hoheitlichen Mindestsicherung nach BezieherInnengruppen

Tabelle aus dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfebericht 2013-2014

<sup>1</sup> Siehe <http://orf.at/stories/2322283/>, 02.02.2016

<sup>2</sup> Siehe [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4917138/Mindestsicherung\\_OVP-pocht-auf-Verschaerfungen-fur-Zuwanderer?direct=4917396&\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4917138/Mindestsicherung_OVP-pocht-auf-Verschaerfungen-fur-Zuwanderer?direct=4917396&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do&selChannel=), 02.02.2016

Außerdem sei auf folgende Beschreibung des Hintergrundes der Mindestsicherung im Sozial-, Kinder und Jugendhilfebericht 2013-2013 des Landes Tirol verwiesen:

**„Aufgabe der Mindestsicherung ist es, jenen Menschen, die sich in einer Notlage befinden und die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen, eine entsprechende Hilfeleistung zukommen zu lassen, um ihnen damit die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen“<sup>3</sup>**

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“<sup>4</sup> Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Ohne Unterscheidung nach Einheimischen und Zugewanderten sah die Entwicklung der in den letzten Jahren unterstützten Personen folgendermaßen aus:

**Unterstützte Personen nach Bezirken**

	2010	2011	2012	2013	2014	Entwicklung 2010 auf 2014 in %
Innsbruck-Stadt	5.271	5.452	6.055	6.283	6.664	26,4
Imst	450	462	614	534	564	25,3
Innsbruck-Land	2.820	3.030	3.505	3.827	4.145	47,0
Kitzbühel	260	313	345	392	347	33,5
Kufstein	1.052	1.277	1.535	1.760	1.939	84,3
Landeck	376	285	297	302	301	-19,9
Lienz	166	213	263	245	263	58,4
Reutte	234	322	323	296	315	34,6
Schwaz	885	926	956	1.056	1.133	28,0
<b>Tirol</b>	<b>11.514</b>	<b>12.280</b>	<b>13.893</b>	<b>14.695</b>	<b>15.671</b>	<b>36,1</b>
Abzüglich Mehrfachzählungen wegen Bezirkswechsel*		-409	-428	-438	-451	
<b>Tirol</b>	<b>11.514</b>	<b>11.871</b>	<b>13.465</b>	<b>14.257</b>	<b>15.220</b>	<b>32,2</b>

\* Die entsprechenden Daten werden erst seit der Umstellung auf die Mindestsicherung ab dem Jahr 2011 erhoben.

Tabelle 10: *Unterstützte Personen in der hoheitlichen Mindestsicherung nach Bezirken*

Tabelle aus dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfebericht 2013-2014

Oftmals wird auch mit Fehlinformationen Stimmung gemacht. So ist es nämlich falsch, dass Asylwerber Mindestsicherung beziehen würden. Erst anerkannte Flüchtlinge können Mindestsicherung beziehen.

<sup>3</sup> Sozial-, Kinder- und Jugendhilfebericht 2013-2014, Amt der Tiroler Landesregierung

<sup>4</sup> Siehe Art. 1. der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

In Fachkreisen wird diese geplante Kürzung, neben der formalrechtlichen Unmöglichkeit auf Grund des Gleichheitsgrundsatzes, ebenfalls inhaltlich massiv infrage gestellt.

Wifo-Chefökonom Marcus Scheiblecker:

*„Das löst sicher nicht Österreichs Budgetprobleme.“ Für den Staatshaushalt spiele ein „Minibudgetposten“ wie die Mindestsicherung keine Rolle. ... Unter dem Strich sei es für eine Gesellschaft besser zu akzeptieren, dass „wenige die soziale Hängematte“ ausnutzen, statt viele in existenzbedrohende Nöte zu stürzen.<sup>5</sup>*

**Ausgaben in der hoheitlichen Mindestsicherung nach Leistungsarten in €**

	2011	2012	2013	2014	Entwicklung 2010 auf 2014 in %
Lebensunterhalt	14.169.601	15.876.073	18.532.118	20.609.141	45,4
Wohnbedarf	15.700.527	18.808.418	21.569.519	23.286.562	48,3
Krankenhilfe inkl. Beiträge TGKK	1.843.542	2.041.980	2.219.342	2.547.176	38,2
Verpflegungskosten in Heimen u. Anstalten	523.076	458.808	399.800	331.814	-36,6
Sonstige Zuwendungen	392.229	412.501	362.689	311.059	-20,7
<b>Gesamt</b>	<b>32.628.975</b>	<b>37.597.780</b>	<b>43.083.467</b>	<b>47.085.752</b>	<b>44,3</b>

Tabelle 14: Ausgaben in der hoheitlichen Mindestsicherung nach Leistungsarten

Tabelle aus dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfebericht 2013-2014

IHS-Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Nagl:

*„Natürlich ist es verlockend, überall Einsparungspotenzial zu suchen“, so Nagl, allerdings müsse man sich auch die Frage stellen, inwieweit man sich dadurch größerer Probleme einhandelt. Gerade Menschen mit geringerem Einkommen würden dieses eins zu eins in Lebenshaltungskosten und damit in die heimische Wirtschaft investieren. Kürzt man deren Budget, hätte das unmittelbare Auswirkungen auf den Konsum. Zudem müsse man sich die Frage stellen, warum eine Flüchtlingsfamilie weniger Ausgaben haben soll als ein österreichische Familie.<sup>6</sup>*

Somit kann es zusammenfassend nur heißen:

**NEIN zur Kürzung der Mindestsicherung für die Tiroler!**

Innsbruck, am 04. Februar 2016

<sup>5</sup> Siehe „Geplänkel um Mindestsicherung“, Wirtschaftsblatt, 03.02.2016

<sup>6</sup> Siehe „Geplänkel um Mindestsicherung“, Wirtschaftsblatt, 03.02.2016